# S 13 AS 842/21

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land
Sozialgericht
Sachgebiet
Abteilung
Kategorie
Bemerkung
Rechtskraft
Deskriptoren
Leitsätze

Freistaat Thüringen Sozialgericht Nordhausen Grundsicherung für Arbeitsuchende 13 Urteil

-

- 1. Die Gewährung eines Darlehens für eine Mietkaution nach § 22 Abs. 6 SGB II kann durch öffentlich-rechtlichen Vertrag erfolgen.
- 2. Die bedungene Vereinbarung über die Rückzahlung des Darlehens ist unwirksam, wenn sie nicht den Vorgaben von § 42a Abs. 2 bis 4 SGB II entspricht. Die Lücke ist durch Anwendung der genannten Vorschriften zu schließen.
- 3. Unwirksam ist ferner eine Vereinbarung, in der sich der SGB II-Leistungsträger die aus der Anlage der Mietsicherheit durch den Vermieter ergebenden Erträge versprechen lässt.
- 4. Deckt eine zurückerlangte Kaution den noch nicht getilgten Darlehensbetrag nicht, bedarf es gemäß § 42a Abs. 3 Satz 2 SGB II grundsätzlich zumindest eines Angebots des Grundsicherungsträgers gegenüber jedem anderen Teil über Zahlungsvereinfachungen.

Normenkette

#### MOLLIGINGILE

1. Instanz

Aktenzeichen Datum

S 13 AS 842/21 06.09.2022

### 2. Instanz

Aktenzeichen Datum

-

#### 3. Instanz

**Datum** 

Â Die Beklagte zu 1. wird verurteilt, an den Kläger 1.196 â□¬ zu zahlen.

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Îm Ã□brigen wird die Klage abgewiesen.

Der Kläger hat die notwendigen auÃ∏ergerichtlichen Kosten des Beklagten zu 2. zu tragen. Im Ã∏brigen haben die Beteiligten einander keine Kosten zu erstatten.

Die Berufung des KlAxgers wird zugelassen.

### **Tatbestand**

Die Beteiligten streiten ýber die Rückforderung eines Kautionsdarlehens.

Die Beklagten bezogen vom Kläger unter anderem im Jahr 2012 Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch â Grundsicherung für Arbeitsuchende â GSB II). Anlässlich ihres Umzugs in eine Wohnung H d H in M vereinbarten sie die Gewährung eines Darlehens für eine Mietsicherheit in Höhe von (i.H.v.) 1.196 ⠬. Sie kamen hierbei überein, dass das Darlehen zuzüglich (zzgl.) der hierzu anfallenden Zinsen zurückzuzahlen sei, wenn die Wohnung durch Auszug oder Tod der Beklagten aufgegeben werde oder ihr Leistungsbezug nach dem SGB II ende. Unter §Â 2 der Vereinbarung traten die Beklagten die der Vermieterin überwiesene Mietkaution unwiderruflich ab. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Darlehensvertrag vom 27. Februar 2012, Blatt 6 folgende der Gerichtsakte (GA), Bezug genommen. Separat unterzeichneten die Beklagten am selben Tag eine Erklärung, durch die sie den Anspruch auf Rþckzahlung unwiderruflich an den Kläger zur Sicherung der Ansprüche aus dem Darlehensvertrag abtrat. Am 28. Februar 2012 zahlte der Kläger 1.196 â ¬ direkt an die Vermieterin.

Zum 1. Mai 2019 verzogen die Beklagten. Am 11. September dieses Jahres erhielten sie die Kaution i.H.v. 901,21  $\hat{a}_{\Box}$  zur $\tilde{A}_{\Box}$ ck, wobei zu ihren Gunsten Zinsen i.H.v. 10,25  $\hat{a}_{\Box}$  anfielen.  $\tilde{F}_{\Box}$ 4r eine Betriebskostenabrechnung und besch $\tilde{A}_{\Box}$ 4 digte  $\tilde{T}_{\Box}$ 4ren brachte die Vermieterin den Differenzbetrag von 186,05  $\hat{a}_{\Box}$ 7 in Abzug.

Mit Schreiben vom 28. November 2020 forderte der Kläger die Beklagte zu 1. auf, einen Betrag i.H.v. 1.196 â□¬ zu zahlen. Mit Schreiben vom 4. Dezember 2020 wandte er sich â□□ ebenfalls vergeblich â□□ an die Vermieterin wegen der Rþckzahlung der Kaution. Mit Schreiben vom 20. November 2020 forderte der Kläger die Beklagte zu 1. nochmals zur Zahlung des Darlehensbetrags, nunmehr zzgl. der Zinsen i.H.v. 10,25 â□¬, auf. Dabei erteilte er ihr den Hinweis, sie solle sich mit ihm in Verbindung setzen, sofern sie den Betrag nicht bis zum 7. Dezember 2020 zurþckzahlen könne und wies darauf hin, dass Anträge im

Zusammenhang mit den ZahlungsmodalitÄxten (zum Beispiel Ratenzahlung) an ihn gerichtet werden kĶnnten.

Am 13. Juli 2021 hat der Kläger Klage erhoben. Zur Begründung trägt er vor: Die Beklagten seien verpflichtet, aufgrund des Auszugs den Darlehensbetrag zurückzuzahlen. Die Zinsen seien dem Darlehen zuzuschlagen. Sonst könnten die Beklagten aus dem darlehensweise zur Verfügung gestellten Betrag Kapitalerträge erwirtschaften und dauerhaft behalten. Dies würde sie über das gesetzlich bestimmte MaÃ∏ hinaus begünstigen. Mit der Regelung zur Rückzahlung der Zinsen werde die finanzielle Neutralität der Darlehensgewährung hergestellt.

Der KlAzger beantragt,

die Beklagten als Gesamtschuldner zu verurteilen, an ihn 1.206,25 â∏¬ zu zahlen.

Die Beklagten beantragen,

die Klage abzuweisen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands wird auf den Inhalt der GA Bezug genommen.

# Entscheidungsgründe

Die zul $\tilde{A}$ ¤ssige Klage ist im tenorierten Umfang begr $\tilde{A}$ ¼ndet und im  $\tilde{A}$  $\square$ brigen unbegr $\tilde{A}$ ¼ndet.

A. Das Gericht konnte trotz des Ausbleibens der Beklagten in der mündlichen Verhandlung verhandeln und in der Sache entscheiden, da sie hierauf in den Ladungen vom 1. August 2022 hingewiesen wurden.

Mangels dieser Verwaltungsaktbefugnis fehlt der Klage insbesondere auch nicht das Rechtsschutzbed $\tilde{A}^{1}_{4}$ rfnis (vergleiche Th $\tilde{A}^{1}_{4}$ rLSG, Urteil vom 17. Dezember 2019, L 9 AS 284/18, uv.).

B. Die Klage ist hinsichtlich der Beklagten zu 1. bis auf die geltend gemachten

Zinsen begr $\tilde{A}^{1}$ 4ndet. Der Kl $\tilde{A}$ xger hat gegen sie mithin Anspruch auf Zahlung von  $1.196\hat{A}$   $\hat{a}$  $\sum -$  .

- I. Der Kläger kann den Rückzahlungsanspruch jedoch nicht aus den im Darlehensvertrag getroffenen Abmachungen herleiten. Die dort bedungene Rþckzahlungsverpflichtung ist nach <u>§Â 58 Abs. 1</u> Zehntes Buch Sozialgesetzbuch â∏ Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz â∏ (SGB X) in Verbindung mit (i.V.m.) <u>§ 134</u> Bþrgerliches Gesetzbuch (BGB) nichtig (fþr vergleichbare Verträge offen gelassen durch ThþrLSG, Urteil vom 17. Dezember 2019, L 9 AS 284/18, uv.; anderer Ansicht (a.A.) insoweit Sozialgericht Nordhausen, Urteil vom 5. Februar 2018, S 11 AS 2371/16, uv.; SG Nordhausen, Urteil vom 6. Januar 2020, S 11 AS 1388/19, uv.). Zwar lagen die Voraussetzungen fþr den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags vor (dazu 1.), doch durften die Rþckzahlungsmodalitäten nicht wie vorliegend geregelt werden (dazu 2.).
- 1. Rechtsgrundlage für den Abschluss des Darlehensvertrags ist <u>§ 53 SGB X</u>. Nach <u>§ 53 Abs. 1 Satz 1 SGB X</u> kann ein Rechtsverhältnis auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts durch öffentlich-rechtlichen Vertrag unter anderem begründet werden, soweit Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen. Nach Satz 2 kann die Behörde insbesondere, anstatt einen Verwaltungsakt zu erlassen, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit demjenigen schlieÃ□en, an den sie sonst den Verwaltungsakt richten würde. Nach Abs. 2 kann ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über Sozialleistungen nur geschlossen werden, soweit die Erbringung der Leistungen im Ermessen des Leistungsträgers steht.

Hier haben die Beteiligten über im Ermessen stehende Sozialleistungen, nämlich den Anspruch auf darlehensweise Ã∏bernahme einer Mietkaution nach <u>§ 22 Abs. 6</u> Sätze 1 und <u>3 SGB II</u> (wie alle anderen Vorschriften des SGB II hier in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 13. Mai 2011, <u>Bundesgesetzblatt I, Seite 850</u>), einen Vertrag geschlossen.

- 2. Allerdings stehen dem Vertragsinhalt im Sinne des § 53 Abs. 1 Satz 1 SGB X Rechtsvorschriften entgegen mit der Folge der Nichtigkeit der Vertragsklausel ýber die Rýckzahlungsverpflichtung (§ 134 BGB, vgl. Urteile der Kammer vom 8. Juni 2022, Aktenzeichen S 13 AS 1600/20, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.; allgemein hierzu Becker in Hauck/Noftz, §Â 53 SGB X Randnummer 70, Stand Mai 2017). Denn ýber die Rückzahlung von Darlehen im Bereich des SGB II enthält §Â 42a SGB II in den hier relevanten Abs. 2 bis 4 zwingende Vorschriften (dazu a.), denen der Vertrag nicht gerecht wurde (dazu b.).
- a. § 42a Abs. 2 Satz 1 SGB II bestimmt, dass Rückzahlungsansprüche aus Darlehen ab dem Monat, der auf die Auszahlung folgt, durch monatliche Aufrechnung i.H.v. zehn Prozent des maÃ∏gebenden Regelbedarfs getilgt werden, solange Darlehensnehmer Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen. Nach § 42a Abs. 3 Satz 1 SGB II sind Rückzahlungsansprüche aus Darlehen nach § 22 Abs. 6 SGB II bei Rückzahlung durch den Vermieter sofort i.H. des noch nicht getilgten Darlehensbetrages fällig. Nach Satz 2 soll eine Vereinbarung über die Rückzahlung des ausstehenden Betrags unter

Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer getroffen werden, wenn der erlangte Betrag den noch nicht getilgten Darlehensbetrag nicht deckt. Nach <u>§ 42a Abs. 4 SGB II</u> ist nach Beendigung des Leistungsbezugs der noch nicht getilgte Darlehensbetrag sofort fällig und þber die Rückzahlung des ausstehenden Betrags soll eine Vereinbarung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Darlehensnehmer getroffen werden.

b. Nach dem vorliegenden Vertrag erfolgte keine monatliche Tilgung aus den laufenden Leistungen. Die Ansicht des Klägers, dass diese Form der Tilgung bei der Handlung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag nicht möglich sei, teilt die Kammer (vgl. Urteile vom 8. Juni 2022, Az. S 13 AS 1600/20, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.) nicht (ebenso ThürLSG, Urteil vom 17. Dezember 2019, L 9 AS 284/18, uv.). Insoweit wird auf die Befugnis aus § 53 Abs. 1 SGB X (â∏statt einen Verwaltungsakt zu erlassenâ∏) verwiesen. Aufgrund des zwingenden Charakters der Regelung zur monatlichen Tilgung durch Aufrechnung (hierzu Bundessozialgericht , Urteil vom 28. November 2018, B 14 AS 31/17 R, juris Rn. 54) könnten entsprechende Darlehen bei a.A. auch gar nicht in der Form des öffentlich-rechtlichen Vertrags geregelt werden.

Zudem wurde mit dem Auszug aus der Wohnung ein Grund für die sofortige Fälligkeit bedungen, der vom Gesetz nicht vorgesehen ist. Denn der Auszug ist nicht mit dem geregelten Fall des Rückerhalts der Kaution gleichzusetzen.

Schlieà lich haben die Beteiligten bedungen, dass Zinsen nach Erhalt dem Kläger zustehen. Auch dies kann nicht in zulässiger Weise durch einen öffentlichrechtlichen Vertrag geregelt werden. Denn eine entsprechende gesetzliche Befugnis, der es jedoch bedürfte (vgl. wieder §Â 53 Abs. 1 SGB X: â lstatt einen Verwaltungsakt zu erlassenâ l), besteht nicht. Vielmehr handelt es sich bei den Zinsen um Einkommen der Darlehensnehmer, dessen Anrechnung in den §Â§ 11 fortfolgende (ff.) SGB II und nach Maà gabe der Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld â l Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung â l abschlieà end geregelt ist.

- II. Der Rückzahlungsanspruch ohne Zinsen ergibt sich jedoch aus dem Darlehensvertrag i.V.m. <u>§ 42a Abs. 3 SGB II</u> (zur Anwendbarkeit der Rückzahlungsvorschriften in <u>§Â 42a SGB II</u> bei Störungen im Darlehensvertrag ThürLSG, Urteil vom 17. Dezember 2019, L 9 AS 284/18, uv.; Urteile der Kammer vom 8. Juni 2022, Az. <u>S 13 AS 1600/20</u>, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.). Denn die Nichtigkeit der Rückzahlungsregelungen im öffentlich-rechtlichen Vertrag (hierzu oben I. 2.) führen nicht zur Gesamtnichtigkeit desselben, sodass der Charakter der (nur) darlehensweisen Gewährung der Sozialleistungen bestehen bleibt (dazu 1.). Der Rückzahlungsanspruch folgt sodann aus dem Darlehensvertrag i.V.m. <u>§ 42a Abs. 3 SGB II</u> (dazu 2.). Dem stehen keine weiteren Grþnde entgegen (dazu 3.).
- 1. Die gewährte Zahlung i.H.v. 1.196 â□¬ stellte ein Darlehen dar. Dies folgt aus

dem Darlehensvertrag, der nicht vollstĤndig nichtig ist. Zwar bestimmt § 58 Abs. 3 SGB X, dass ein Vertrag im Ganzen nichtig ist, wenn nicht anzunehmen ist, dass er auch ohne den nichtigen Teil geschlossen worden wĤre. Danach ist die Gesamtnichtigkeit die Regel. Es verstie̸e jedoch gegen den Grundsatz von Treu und Glauben (<u>§ 242 BGB</u>), wenn eine â∏ hier die klägerische â∏ Vertragspartei einen Vorteil daraus ableiten kA¶nnte, dass ein Teil eines Vertrags nichtig ist (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 25. November 2005, 4 C 15.04, BVerwGE 124, 385; Urteile der Kammer vom 8. Juni 2022, Az. S 13 AS 1600/20, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.; Becker in Hauck/Noftz, § 58 SGB X Rn. 118, Stand November 2017). So läge es aber hier, wenn sich der Kläger für die Rückzahlung der ausgekehrten 1.196 â∏¬ auf einen öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch berufen könnte und über § 818 Abs. 1 i.V.m. § 99 Abs. 2 BGB die Zinsen als Nutzungen einstreichen kA¶nnte, obwohl er damit die zwingenden Regelungen aus <u>§Â 42a Abs. 2 bis 4 SGB II</u> und den <u>§Â§ 11</u> ff. SGB II (hierzu jeweils oben I. 2. b.) umgehen könnte. Soweit es die Rückzahlung des Darlehens an sich angeht, tritt §Â 42a Abs. 2 bis 4 SGBÂ II vielmehr an die Stelle der nichtigen Rýckzahlungsbedingungen im Darlehensvertrag, wÃxhrend die Zinsen nach den Regelungen ýber die Einkommensanrechnung zu behandeln wÃxren. Dies wird auch dem objektiven Willen einer BehĶrde gerecht, aufgrund ihrer Gesetzesbindung Abmachungen zu treffen, die zu einem rechtmĤÃ∏igen Vertrag führen (vgl. Urteile der Kammer vom 8. Juni 2022, Az. 5 13 AS 1600/20, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.; Becker in Hauck/Noftz, §Â 58 SGB X Rn. 117, Stand November 2017).

2. Der RÃ⅓ckzahlungsanspruch des Klägers i.H.v. 1.196 â∏¬ folgt aus dem Darlehensvertrag i.V.m. <u>§Â 42a Abs. 3 Satz 1 SGB II</u>. Die fälligkeitsauslösende RÃ⅓ckzahlung durch den Vermieter im Sinne der Vorschrift erfolgte am 11. September 2019.

Soweit es dagegen die Zinsen angeht, müsste der Kläger über die laufenden Leistungen im Zuflussmonat neu entscheiden; diese sind hier indes nicht streitgegenständlich.

- 3. Dem RÃ $\frac{1}{4}$ ckzahlungsanspruch i.H.v. 1.196Â â $\boxed{\neg}$  stehen keine GrÃ $\frac{1}{4}$ nde entgegen.
- a. Zwar ist nach § 42a Abs. 3 Satz 2 SGB II wegen Nichtauskömmlichkeit des Zurückerlangten (die Vermieterin brachte Ansprüche aus einer Betriebskostenabrechnung und wegen beschädigter Türen in Abzug) das Angebot einer Rückzahlungsvereinbarung zwingend zu unterbreiten und es darf nur in atypischen Fällen davon abgewichen werden (Urteile der Kammer vom 8. Juni 2022, Az. S 13 AS 1600/20, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.; Adolph in Adolph, SGB II/SGB XII/AsylbLG, § 42a Rn. 24, Stand Februar 2022; Hengelhaupt in Hauck/Noftz, §Â 42a SGB II Rn. 381, Stand April 2019). Hier hat der KIäger in seiner letzten Zahlungsaufforderung vom 20. November 2020 jedoch auf die Möglichkeit hingewiesen, dass sich die Beklagte zu 1. an ihn im Falle der Unmöglichkeit, den Betrag termingerecht zurückzuzahlen, wenden könne und ist damit seinen Verpflichtungen gerecht geworden.

b. Die erfolgte Abtretung des Anspruchs auf Rýckzahlung der Kaution steht dem Anspruch des Klägers ebenfalls nicht entgegen. Diese Sicherung lässt entsprechend der Regel des <u>§ 61 SGB X</u> i.V.m. <u>§Â 364 Abs. 2 BGB</u> den Rþckzahlungsanspruch unberührt (Urteile der Kammer vom 8. Juni 2022, Az. <u>S 13 AS 1600/20</u>, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.; im Ergebnis ebenso ThþrLSG, Urteil vom 17. Dezember 2019, L 9 AS 284/18, uv.).

c. Ohne dass es darauf mangels Erhebung der Einrede ankäme, ist der Rückzahlungsanspruch auch nicht verjährt. Anzuwenden ist die vierjährige Verjährungsfrist des <u>§Â 45 Abs. 1</u> Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I; ebenso ThürLSG, Urteil vom 17. Dezember 2019, L 9 AS 284/18, uv. mit weiteren Nachweisen; Urteile der Kammer vom 8. Juni 2022, Az. <u>S 13 AS 1600/20</u>, juris, und S 13 AS 1596/20, uv.). Sie beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und wird mit Klageerhebung gehemmt (<u>§ 45 Abs. 2 SGB I</u> i.V.m. § 204 Abs. 1 Nummer 1 BGB). Beim Abstellen auf den 11. September 2019 ist eine Verjährung erst am 31. Dezember 2023 zu besorgen.

C. Die Klage ist hinsichtlich des Beklagten zu 2. dagegen unbegrļndet.

Entgegen der Vorgaben des <u>ŧ 42a Abs. 3 Satz 2 SGB II</u> ist der Kläger an ihn nicht mit einem Angebot von Zahlungserleichterungen im oben genannten Sinne (B. II. 3. a.) herangetreten. Denn das Schreiben vom 20. November 2020 war nur an die Beklagte zu 1. gerichtet und es kommt nicht zum Ausdruck, dass es auch den Beklagten zu 2. betreffen sollte. Ob der Kläger Kenntnis von dem Schreiben vom 20. November 2020 genommen hat oder ob der Zugang Ã⅓ber die Regelungen der passiven Stellvertretung angenommen werden könnte, kann damit offen bleiben. Einer weiteren Vertiefung, ob <u>§ 38 SGB II</u> einschlägig wäre, wogegen hier die Betroffenheit eines RÃ⅓ckabwicklungsverhältnisses spricht (vgl. Valgolio in Hauck/Noftz, SGB II, Stand Juli 2020, §â∏∏38 Rn. 40), bedarf es mithin nicht.

Auch eine Wirkung für und gegen den Beklagten zu 2. über § 1357 Abs. 1 Satz 2 BGB scheidet aus. Zwar kann es im Anwendungsbereich der Vorschrift schon aufgrund des Bestehens einer Ehe zur Wirkung für und gegen den anderen Ehegatten kommen. Allerdings stellt die Regelung auf Rechtsgeschäfte ab (vgl. Voppel in Staudinger, BGB, Neubearbeitung 2018, § 1357 Rn. 40), worunter die bloÃ□e Entgegennahme einer Erklärung durch einen Ehegatten nicht fällt.

D. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Die Berufung des Klå¤gers ist â∏ anders als die der Beklagten zu 1. â∏ nach ŧ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG zulassungsbedürftig, da die Beschwer 750 â∏ nicht übersteigt. Bei subjektiver Klagehäufung sind die Ansprþche gegen mehrere Gesamtschuldner nicht zu addieren (Reuschle in Wieczorek/Schütze, ZPO, 5. Aufl. 2020, §Â 5 Rn. 33; zur Anwendbarkeit der Regelungen der Zivilprozessordnung und der hierzu ergangenen Rechtsprechung der Zivilgerichte Schreiber in Fichte/Jüttner, SGG, 3. Auflage 2020, §Â 144 Rn. 19).

Die Berufung des KlAzgers war indes zuzulassen. Zwar liegt kein Grund im Sinne

des § 144 Abs. 2 Nr. 2 SGG vor, da die Kammer â soweit ersichtlich â nicht von einer Entscheidung des Thà 1/4 rLSG abweicht. Im Urteil vom 17. Dezember 2019 (Az. L 9 AS 284/18) konnte der Senat offen lassen, ob die Rà 1/4 ckzahlung aus dem à ¶ffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch oder aus § 42a Abs. 3 Satz 1 SGB II folgte. Denn dort war die Kaution vollstà ndig zurà 1/4 ckgezahlt worden, sodass die Einschrà nkungen des § 42a Abs. 3 Satz 2 SGB II wegen Nichtauskà ¶mmlichkeit des Erlangten nicht einschlà ngig waren. Die Voraussetzungen des à ¶ffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs und des § 42a Abs. 3 Satz 1 SGB II waren in dieser Konstellation vielmehr gleich. Allerdings liegt grundsà ntzliche Bedeutung vor (§ 144 Abs. 2 Nr. 1 SGG), da noch Verfahren zur Thematik beim erkennenden Gericht anhà ngig sind und die Anwendbarkeit der jeweiligen Sà ntze 2 in § 42a Abs. 3 und 4 SGB II sowie die Mà ¶glichkeit der Jobcenter, Zinsen einzustreichen, obergerichtlich noch nicht geklà nt sind.

Â

Erstellt am: 10.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024